

# Ziehen die amerikanischen Truppen

## diesmal wirklich ab?

In Washington debattieren Experten

über die Zukunft des amerikanischen Militäringagements in Europa

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Washington, im Juni

„Die amerikanischen Truppen in Europa sind keine Randfrage mehr,“ verkündet Senator William Roth. Zwar vertritt er nur den kleinsten Staat Amerikas – Delaware –, aber er ist Mitglied des mächtigen Senatsausschusses für Finanzen, der ein gewichtiges Wort bei der Bewilligung der Verteidigungsausgaben mitzureden hat. Zwar ist seit einem Vierteljahrhundert kaum ein Jahr vergangen, in dem nicht im Senat die drastische Verringerung der amerikanischen Präsenz in Europa gefordert wurde. Zwar sind derlei Vorstöße immer wieder zurückgewiesen worden. Aber: Die Debatte ist wieder „heiß“ geworden – dafür sorgen dreistellige Außendefizite, der schrumpfende Dollar und die wachsende Überzeugung, daß im Zeichen der „Neo-Détente“ auch die konventionelle Abrüstung in Europa kein leerer Traum mehr bleiben werde.

Immerhin sind es nicht nur hartnäckige Außenseiter wie seinerzeit der Senator Mike Mansfield, der in den 60er Jahren routinemäßig auf Verringerung pochte. Selbst lupenreine Atlantiker wie Henry Kissinger oder Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski sind auf die Seite der Verringerer eingeschwenkt. Links wie rechts mehren sich die Stimmen des „Neo-Isolationismus“: Die einen, weil sie mehr fürs Soziale tun wollen; die anderen, die „Neo-Konservativen“, weil sie glauben, daß „wir uns politisch und wirtschaftlich aus den Fesseln befreien können, welche die einseitige Verwirklichung unserer nationalen Interessen behindern“. So sprach Alexander Haig, einst NATO-Oberbefehlshaber und Reagan-Außenminister, auf einer Tagung des renommierten Hudson-Institutes, die dem hochaktuellen Thema „Die Zukunft des US-Militäringagements in der Verteidigung Europas“ gewidmet war.

Vielleicht lag's an der Zusammensetzung der Tagung, daß die Kritik an Europa nur ganz sanft anklang, daß zwar alle besorgniserregende Rückzugsgelüste „draußen im Lande“ registrierten, aber niemand für einseitige Schnitte in der amerikanischen Präsenz plädierte. Dies war auch kaum zu erwarten angesichts einer Rednerliste, die von Alexander Haig bis zu Bernard Rogers (beide Ex-Oberbefehlshaber der NATO), von Ex-Pentagon-Größen bis zu europafreundlichen Volksrepräsentanten wie William Roth und Lee Hamilton (der ein Jahr lang in Frankfurt studiert hat) reichte. Wenn schon Verringerungen, dann nur „vorsichtig und wenn es sinnvoll ist“ – so der Tenor der Tagung.

Zahlen die Amerikaner zu viel für ihre Verteidigungslast, während die Europäer hinter dem breiten Rücken der Schutzmacht ihr Sozialprodukt mehren? In der Tat geben die USA knapp sechs Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Wehr und Waffen aus, wogegen die Westeuropäer im Durchschnitt bloß drei Prozent entrichten. Nur: Es gelte, nicht Äpfel und Birnen, Groß- und

Kleinmächte, miteinander zu vergleichen, konterte Frank Gaffney (Richard Perles Nachfolger im Pentagon und inzwischen am Hudson-Institut): „Der unvermeidliche Preis unseres hohen Einflusses in der Welt ist ein unverhältnismäßig hoher Beitrag zur kollektiven Verteidigung.“

Joseph Nye, Harvard-Professor und vielleicht der künftige Sicherheitsberater des womöglich nächsten Präsidenten Michael Dukakis, ging nicht minder hart mit den Anti-Europäern ins Gericht: Es sei wohl wahr, daß die USA inzwischen mehr Handel mit dem pazifischen als mit dem europäischen Raum betreiben. Nur: Daraus folge nicht, daß „unsere strategischen Interessen sei zusammen mit den Handelsströmen verlagern.“ Zweitens: Es könne im Blick auf die Verteidigungslast keine Rede vom „imperialen Überengagement sein“; als Anteil am Sozialprodukt sei die Verteidigungslast heute geringer als zu Zeiten Eisenhowers und Kennedys. Drittens: „Warum sollen wir Gorbatschow etwas schenken, wofür er mit eigenen Truppenverringerungen in Europa bezahlen müßte?“

Ein Großteil der Debatte kreiste um die zentrale Frage, ob denn 100 000 weniger Soldaten in Europa (zur Zeit sind es knapp 320 000) wirklich das Loch in der amerikanischen Haushaltskasse stopfen könnten. Hier waren sich alle einig: Wenn überhaupt, dann nicht durch die schlichte Verlagerung von Frankfurt nach Fort Bragg. Das Budget-Büro des Kongresses hat es sogar auf Dollar und Cent ausgerechnet. Nur wenn die Soldaten *demobilisiert* würden, käme bei einem Rückzug von 100 000 eine jährliche Ersparnis von 4,6 Milliarden Dollar dabei heraus. Würden diese Truppen aber bloß *verlegt*, sähe die Rechnung so aus: Jährliche Ersparnis – 480 Millionen Dollar; Kosten für Umzug und neue Basen in Amerika – 5,5 Milliarden Dollar; Kosten für Vorwärtslagerung von Waffen und Material in Europa – 6,3 Milliarden Dollar. Unterm Strich stünden damit einer knappen halben Milliarde Dollar Ersparnis pro Jahr ein Einmal-Mehraufwand von fast zwölf Milliarden gegenüber. Mithin würde sich der Rückzug rein finanztechnisch erst nach 24 Jahren lohnen.

Dieser theoretische Gewinn müßte freilich mit einem großen Risiko erkauft werden: dem möglichen Verlust der militärischen Stabilität in Europa, dem „entscheidenden Pfeiler im globalen Kräftegleichgewicht“, wie es ein Experte der

prestigiösen RAND Corporation ausdrückte. Der ehemalige Staatssekretär William Schneider brachte die Debatte auf den Punkt: „Unsere Präsenz in Europa ist die kosteneffizienteste Lösung unseres Sicherheitsproblems. Es ist einfacher, dort zu bleiben, als im Kriegsfall wieder in Europa landen zu müssen.“ Ob das auch der Kongreß weiß? „Zur Zeit,“ so die beruhigende (trügerische?) Botschaft des Abgeordneten Hamilton, „will der Kongreß nicht an der amerikanischen Militärpräsenz in Europa rütteln.“ 4